

Antragsteller:

KV Oder-Spree, KV Osnabrück-Land, KV Uelzen, LAG innerparteiliche Bildung und Theorie (LV Niedersachsen); LAG Karl-Liebknecht-Kreis (LV Brandenburg), Artur Pech, Delegierter

Änderungsantrag zum Antrag L.01.: Wahlprogramm zur Europawahl 2024

Ersetzung der Einleitung (Zeile 1 bis Zeile 237) durch folgende Präambel:

Präambel zum Europawahlprogramm

DIE LINKE kämpft für Klarheit in der Europa Politik

Gegen das EU-Europa des Krieges und des sozialen Krieges - Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.

Die EU-Wahlen finden mitten in einem Epochenbruch statt. Es ist Krieg in Europa. Hunderttausende sind bereits in einem Stellvertreterkrieg gestorben, in dem die EU nicht nur Teil, sondern eine Treiberin der Eskalation des Krieges ist. Millionen sind auf der Flucht. In Deutschland und in Europa werden schon die Kriegskosten eingetrieben. Es sind die kleinen Leute, die diesen Krieg bezahlen.

Eine neue Weltordnung zeichnet sich ab. Sie könnte demokratischer und multipolarer sein. Eine Weltordnung, die nicht mehr von einer Handvoll imperialer/imperialistischer Mächte des reichen Nordens bestimmt wird, sondern in der auf Kooperation und auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des globalen Südens gesetzt wird. Darin bestehen auch Chancen für die Menschen in der EU. Eine multipolare Welt kann nicht auf der Grundlage des ausplündernden globalen Neoliberalismus errichtet werden, der auch für die Menschen in der EU soziale Verschlechterungen gebracht hat. Die unmittelbare Zukunft ist geprägt vom Kampf zwischen einer globalen Mehrheit, die für eine gerechtere Verteilung der weltweit verfügbaren Güter einsteht und einer Minderheit, die neokoloniale Unterwerfung anwendet, um ihre überkommene Dominanz zu wahren.

Die Überwindung des globalisierten Neoliberalismus, die Durchsetzung einer Politik sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft, einer Politik der Stärkung des Sozialstaates und der Erhöhung der Massenkauftkraft, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, sind Voraussetzungen für ein besseres Leben in der EU. Nur so lässt sich auch eine vernünftige und sozial gerechte Klimapolitik begründen. Die EU stellt mit der EZB eine entscheidende Machtstruktur über den wirtschaftlichen Wohlstand der Menschen in der Eurozone. Die EZB als vorgebliche Wächterin über die Preisstabilität sorgt dafür, dass der Preis der Ware Arbeitskraft nicht ansteigt. Getrieben von der FED-Hochzinspolitik, gibt sie mit ihren angeblich inflationsbekämpfenden Zinssteigerungen die falsche Antwort auf Preissteigerungen infolge von Angebotsschocks und Spekulation - insbesondere im Energiesektor; damit verursacht sie eine langanhaltende und tiefgreifende Rezession. Mittelstand und insbesondere die Lohnabhängigen zahlen die Zeche, indem die Insolvenzwelle und der Reallohnverlust als

verschmerzbar hingestellt werden. Lohndrückerei ist nicht die Folge falscher Annahmen über eine angebliche Lohn-Preisspirale, sondern tatsächlich ihr vorrangiges Ziel. Mit hohen Zinsen wird die private Investitionsbereitschaft abgewürgt. In Kombination mit den fatalen Schuldenregeln wird auch die für den ökologischen Umbau dringend notwendige öffentliche Investition verunmöglicht. DIE LINKE verurteilt, dass die EZB-Zinspolitik sehenden Auges die Eurozone in die tiefe Rezession drückt und macht die vom Finanzkapital geleiteten Strukturen der EU dafür verantwortlich.

Die EU steht vor einer Entscheidung: Entweder sie geht den Weg des Friedens und engagiert sich für eine diplomatische Lösung des blutigen Krieges in der Ukraine oder sie setzt auf weitere Eskalation mit dem Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland. Das würde nicht nur das Leiden des ukrainischen Volkes steigern, sondern würde uns einen Schritt näher an einem nuklearen Krieg bringen. DIE LINKE wendet sich gegen das Konzept der NATO, der EU, des Weißen Hauses und der Bundesregierung, dass es angeblich nur Frieden gibt, wenn Russland bezwungen wird; das ist ein Kurs, der Deutschland und Europa zerstören kann. Wir wenden uns gegen jede Eskalation des Krieges, gegen die verbreitete Kriegshetze und stehen hier in der Tradition von Karl Liebknecht. Auch das Votum der Wählerinnen und Wähler spielt bei der Abwehr dieser Eskalation eine Rolle.

Wir streiten für eine grundveränderte EU, für eine soziale und demokratische mit dem globalen Süden solidarisch verbundene friedliche EU, in der es keine Armut mehr gibt, Wohnraum bezahlbar ist und die Menschen von ihrem Lohn leben können. Ein Europa mit einem gut ausgebauten Gesundheits- und Bildungssektor. Wir streiten für eine EU, die die Armut bekämpft und der Jugend wieder eine Perspektive gibt - sei sie europäischer oder außereuropäischer Herkunft. DIE LINKE legt ein besonderes Augenmerk auf die europäischen Städte, in denen der Protest der benachteiligten Jugend gegen die Eliten immer wieder aufbricht. Wir stehen auf der Seite derer, die keine vermögenden Eltern haben.

Der notwendige ökologische Umbau darf nicht zum Mittel der Profitmaximierung werden und die soziale Spaltung vorantreiben. Wir stehen an der Seite der Belegschaften, die um ihre Jobs kämpfen. Klimaschutz darf nicht zum Jobkiller werden. Die EU und die Ampelregierung in Deutschland betreiben dagegen einen ökologischen Umbau, der viele in Armut zu stürzen droht: Das Heizungsgesetz in Deutschland und die EU-Gesetze zur Wärmedämmung enthalten z.B. Regelungen, die für die viele Menschen unbezahlbar sind.

Die Realität der EU ist eine andere als die wohlklingenden Erzählungen der etablierten Parteien und der Medien. Die EU entwickelt sich in eine grundsätzlich falsche Richtung. Krieg statt Frieden bestimmt den Kurs dieser EU. Mit jedem Tag, an dem der Krieg in der Ukraine andauert, verschärft sich gleichzeitig der soziale Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung und die armen Schichten. Diese EU treibt die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich voran. Die beschleunigte Demontage des Sozialstaates ist ein Teil der Finanzierung des Krieges.

Unsere grundsätzliche Kritik an der EU ist:

Sie ist ein Elitenprojekt, das sich gegen Arbeitnehmer, Geringverdiener und Kleinunternehmer richtet. Die EU beutet den globalen Süden aus, zerstört die Existenzgrundlagen der Menschen dort, verhindert deren Entwicklung, schürt Bürgerkriege und ruft damit die Fluchtwellen hervor, die dann zum Ausbeutungsmaterial europäischer Kapitalisten werden. Geflüchtete Menschen werden dazu benutzt, den Niedriglohnsektor aufzufüllen und die Wirtschaft mit profitablen Personal auszustatten. Für die, die für die Profitwirtschaft nicht zu gebrauchen sind, wird an den Außengrenzen ein brutales Grenzregime praktiziert. Das alles dient der

Profitmaximierung und verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen eine EU, die damit aufhört, sich neokolonial gegenüber dem globalen Süden durch Freihandelsverträge und den Ausverkauf an die Konzerne zu verhalten. Die EU muss ihr neokoloniales Verhalten gegenüber Afrika beenden. DIE LINKE ist sich des kolonialistischen Gründungskonsenses der EU bewusst. Als Vorläufer der EU wurde 1952 mit der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, EGKS, der Grundstein für eine kolonialistische Ausbeutung der Eisenerzvorkommen in den französischen Kolonien Afrikas, wie Gabun, Marokko, Mauretanien etc. festgelegt. DIE LINKE erkennt die historischen Tatsachen und Kontinuitäten: Bereits 1923 engagierte sich Hugo Stinnes gemeinsam mit Konrad Adenauer für eine ganz besondere deutsch-französische Achse. „Sein Vorschlag: enge Zusammenarbeit zwischen französischer und deutscher Industrie. Das Ziel: Aufbau des französischen Kolonialreiches.“ (Der Spiegel, 1950) Mit dem Schuman-Plan wurde eine lange Reihe von Kooperationen der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie – die als »Kollaboration der Geldschränke« auch „wunderbar“ während der faschistischen Terrorherrschaft und im 2. Weltkrieg funktionierte – endlich ein Vertragswerk der organisierten Ausbeutung afrikanischer Rohstoffe mit dem Ziel des europäischen Wohlstandsgewinns umgesetzt. Die EGKS wird auch heute noch als eine der wesentlichen Grundlagen der heutigen EU bewertet, weshalb DIE LINKE jegliche auf neokolonialistischer Grundlage bestehende europäische Bereicherung entschieden ablehnt. Wir sind solidarisch mit den Völkern Afrikas insbesondere der Sahel Zone im Niger, Mali und Tschad die das neokoloniale Erbe abschütteln wollen und nach einem selbstbestimmten Weg suchen. Wie Gewerkschaften des Landes und zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen auch wir jegliche imperialistische Intervention des Westens ab. Wir sind solidarisch mit Kuba, das seit über 60 Jahre den Aggressionen der USA ausgesetzt ist. Wir fordern das Ende der Blockade gegen Kuba und Venezuela. Wir sind solidarisch mit Assange und fordern die EU dazu auf die Freilassung von Assange zu fordern.

Die EU war von Beginn an ein neokoloniales Wettbewerbsprojekt, der reichsten Industriestaaten, während weniger entwickelte Länder wie Rumänien und Bulgarien nur einen Platz unter den Schlusslichtern zugewiesen bekamen und immer weiter zurückbleiben. Neokoloniales Denken und Handeln insbesondere gegenüber dem globalen Süden regiert die Politik der EU. Dafür steht der EU-Außenbeauftragte Borrell, der in kolonialistischer Tradition Europa als Garten und den globalen Süden als Dschungel, der danach trachte, in den Garten einzudringen, bezeichnet.

Dass im globalen Süden Widerstand und Ablehnung gegen die EU wächst ist mehr als verständlich und verständlich ist auch, dass die Probleme dort nicht durch Masseneinwanderung nach Europa gelöst werden können. Im EU-Wahljahr 2024 entpuppt sich die EU als das, was sie schon seit Gründung war: ein kriegerisches, imperiales/imperialistisches, neokoloniales, undemokratisches und unsoziales Bündnis der Großkonzerne und der Finanzwelt. Deshalb fordert DIE LINKE eine grundlegende Veränderung der EU.

DIE LINKE folgt nicht der gängigen Erzählung, dass die EU trotz mancher Fehler im Alltag mehr Vorteile als Nachteile bringe und widerspricht der Erzählung, dass die EU Garant für Frieden und somit eine historische Errungenschaft sei. Die EU war noch nie ein Friedensbündnis. Der militärische Vereinheitlichungsprozess mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee zeigt, wo die Prioritäten liegen. Deutschland baut seinen Führungsanspruch in Europa aus und das ist nicht gut für Europa, das unter den deutschen Machtansprüchen in der Vergangenheit extrem gelitten hat.

Die EU ist nicht etwa so wie sie ist, weil Bürokraten der EU sich davor scheuen, sich mit den mächtigen Konzernen anzulegen, sondern weil die heutige EU das Kind der Großkonzerne ist und durch ihre Lobbys kontrolliert wird. Wir stellen dem wie schon vor der vorigen Europawahl entgegen: „Die Europäische Union braucht einen demokratischen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Die Verträge von Maastricht und Lissabon, Grundlage der neoliberalen und militaristischen Politik, müssen gekündigt und neuverhandelt werden. Ist das nicht möglich, sind wir bereit, die Regeln zu brechen, damit eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Union möglich ist.“ (Entwurf für das Europawahlprogramm DIE LINKE 2019) Auch wenn die Verträge es fordern, werden wir nicht an Austeritätspolitik und Aufrüstung mitwirken. Dort, wo nationalstaatlichen Regelungen fortschrittlicher sind als die neoliberale EU, dürfen keine weiteren Kompetenzen, an die EU übertragen werden. Dafür streitet eine linke Partei und wird den Wählerinnen und Wähler keinen Sand in die Augen streuen.

Im von Russland begonnenen, aber von der NATO mitprovozierten Ukrainekrieg setzt die EU statt auf Diplomatie auf einen Siegfrieden, auf Eskalation durch fortwährende Waffenlieferungen. Eine Atommacht besiegen zu wollen, kann im Atomkrieg enden. Diese Eskalation gefährdet die Fortexistenz des Kontinents. Für die Menschen in Europa und Deutschland ist das Wichtigste, dass der Krieg in der Ukraine sofort gestoppt wird. Das Töten auf beiden Seiten muss aufhören. Statt eines Siegfriedens wie es NATO, EU, USA und Bundesregierung anstreben, fordern wir zusammen mit Millionen Menschen in unserem Land einen Kompromissfrieden

DIE LINKE fordert von der europäischen Union und ebenso von der Bundesregierung eine Beendigung dieses Kriegskurses. Der die europäische Wirtschaft untergrabende Wirtschaftskrieg gegen Russland muss beendet und ein Wirtschaftskrieg gegen China verhindert werden. Wir fordern:

- Sofortiger Waffenstillstand ohne Vorbedingungen! Wer die Bedingung stellt, dass zunächst die russischen Truppen sich zurückziehen müssen, will keinen Waffenstillstand, der will den Krieg fortsetzen. Waffenstillstand heißt immer: die Waffen zum Schweigen bringen, um dann verhandeln zu können.
- Ende der Sanktionen und des Wirtschaftskrieges, der vor allem die arbeitende Bevölkerung in Europa trifft.
- Aufnahme von Verhandlungen und Friedensgespräche, die in eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss der Sicherheitsbedürfnisse Russlands und der Ukraine münden sollten.
- US-Atomwaffen raus aus Deutschland! Sie schaffen keine Sicherheit, sondern machen uns zum Ziel von Angriffen
- US Basen in Deutschland müssen aufgelöst werden! Auf den US-Basen in Deutschland wird der Krieg in Europa koordiniert
- Deutschland soll sich aus den militärischen Strukturen der NATO zurückziehen und die NATO gehört, wie im Erfurter Programm gefordert, aufgelöst
- Einstellung sämtlicher Waffenlieferungen

Nur im Kampf gegen den Krieg lässt sich der Sozialstaat verteidigen. SPD und Grüne wollen dies nicht. Auf Wunsch der Konzerne in Europa wird der Sozialstaat abgetragen. SPD und Grüne wollen nicht, dass es eine breite Bewegung gegen Krieg und sozialen Krieg nach innen

gibt. DIE LINKE hingegen sagt: Der Krieg muss sofort beendet werden, nur so lässt sich auch der soziale Kahlschlag abwehren.

Statt Vergeudung von Ressourcen in Produktion und Anwendung von Rüstungsgütern muss in Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, in die Sanierung der maroden Infrastruktur und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen investiert werden.

DIE LINKE wendet sich gegen eine Aufnahme der Ukraine in die EU. Die EU ist schon jetzt sozial und politisch tief gespalten. Ein Land aufnehmen, das zu den korruptesten Staaten Europas gehört und das bereits vor dem Krieg nicht einmal eine halb so hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hatte wie das schwächste EU-Land, kann die Konflikte in der EU nur verschärfen. Dies würde dazu führen, dass durch den unerschöpflichen Import von billigen Arbeitskräften eine weitere Absenkung der Löhne und der sozialen und rechtlichen Standards stattfindet. Auch ist damit den Menschen in der Ukraine nicht geholfen. Denn EU-Mitgliedschaft bedeutet die Übernahme der Ukraine durch EU und vornehmlich deutsches Kapital. Dies würde der Ukraine zugleich jede Chance für eine eigenständige ökonomische Entwicklung verbauen. Lediglich Großkonzerne würden daran gewinnen aber nicht die arbeitende Bevölkerung in Europa. Auch die Ukraine hat zu beachten, dass Völkerrecht nicht nur die Unverletzbarkeit von Staatsgrenzen schützt, sondern auch die Rechte der Völker eines Vielvölkerstaates. Wir fordern eine humanistische Umsetzung des Völkerrechts, die neben der Unversehrtheit der nationalen Grenzen jede Einschränkung von Rechten und Existenzgrundlagen innerhalb eines Staates genauso ahndet. Die Ukraine unterdrückt ihre ethnischen Minderheiten. Solange dies anhält, entspricht sie nicht den EU-Kriterien.

Die Europäische Union befindet sich in einer mehrfachen Krise.

Geschaffen, um die globale „Wettbewerbsfähigkeit“ der „europäischen“ Konzerne zu verbessern, wird gegenwärtig nüchtern konstatiert: „Die Position der EU als globale wirtschaftliche Großmacht ist zunehmend gefährdet“

Tatsächlich befindet sich die EU seit Jahrzehnten im Abstieg. Nahm Sie in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im globalen Ranking mit einem Anteil von über 20% am kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch Platz 1 ein, ist sie gegenwärtig hinter der Volksrepublik China und den USA auf Platz drei zurückgefallen.

Die antikolonialen und gegen die Weltherrschaft des Dollarsystems gerichteten Neuordnungsprozesse des Globalen Südens zeigen unmissverständlich, dass die Zeiten der Unterordnung und der Entwicklungsbehinderung vorbei sind. Das wurde deutlich beim 26. Treffen der linken Parteien aus 28 Staaten des Foro de Sao Paulo Ende Juni artikuliert. Dieses neue Selbstbewusstsein führt, wie der EU-CELAC-Gipfel im Juli in Brüssel beispielhaft gezeigt hat, dazu, dass Freihandelsabkommen wie Mercosur nur noch zum gegenseitigen Nutzen zu haben sind, weshalb die EU sich mit einer Ratifizierung schwertut. Der von der EU durch das Abschneiden von russischen Importen so elementar benötigte Zugang zu Rohstoffen und besonders zu seltenen Erden sowie zu Absatzmärkten für ihre Produkte wird nicht mehr billig und unter ungleichen Voraussetzungen zu haben sein. Der BRICS-Gipfel mit weiteren 30 Anwarterstaaten im August in Südafrika war ein Wendepunkt gegen die bisherige international gängige Ausbeutungsordnung und wird den USA wie der EU nachhaltige Probleme bereiten. Hinzu kommt noch die hartnäckige Weigerung der weit überwiegenden Zahl von Staaten, sich in den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland oder einen

zukünftigen gegen China hineinziehen zu lassen. Auch hier lässt beispielsweise die kompromisslose Haltung der CELAC-Staaten die EU in ihrem Ringen um „strategische Autonomie“ ohne unterstützendes Hinterland zurück, der sich die überwiegende Mehrheit der afrikanischen und vieler asiatischen Staaten anschließen wird. Vor diesem Hintergrund werden (fast) alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Niedergang aufzuhalten.

Das ist der tiefere Grund des Strebens nach „strategischer Autonomie“. Dem Positionsverlust soll auch mit militärischen Mitteln und mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges begegnet werden. Die entsprechenden Weichenstellungen reichen bis weit vor den Beginn des Krieges in der Ukraine zurück. Aber gerade im Angesicht dieses Krieges, der sehr schnell in eine globale Katastrophe münden kann, stellt DIE LINKE den Kampf um Frieden in den Mittelpunkt des EU-Wahlkampfes.

Die Widersprüche und damit verbunden die zentrifugalen Kräfte innerhalb der EU haben sich verschärft. Mit Großbritannien ist erstmals ein Mitglied aus der EU ausgeschieden. Und im Gegensatz zu den öffentlich deklarierten Absichten haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU erheblich vergrößert: Das deklarierte Ziel einer Annäherung der Wirtschaftsleistung wurde deutlich verfehlt. Damit einher geht in der ganzen Europäischen Union eine unübersehbare politische Rechtsentwicklung. In deren Beurteilung werden die tatsächlichen Verhältnisse gerne verkehrt. Wo Ängste aus drohenden Existenzverlusten erwachsen und an der obwaltenden Demokratie verzweifeln lassen, wo bei einem Anteil von 44% Mindestlohnbezug der Abwälzung von Kriegskosten sorgenvoll entgegengesehen wird, werden Menschen den demagogischen rechten Rattenfängern regelrecht zugetrieben. Und wenn diese Wähler dann zu (mindestens verkappten) Nazis erklärt werden, hat die Selbstgefälligkeit einen Gipfel erreicht.

DIE LINKE kämpft gegen Rechts, indem sie Rechts den Nährboden entzieht. Das geht nur mit einer glaubwürdigen und konsequenten Sozial- und Friedenspolitik. Wähler zu beschimpfen führt ins Nichts. Die EU war nie Garant des Friedens oder einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Eine soziale und friedliche EU hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten, eine den Lohn wegfressende Inflation, Reallohnverlust und steigende Arbeitslosigkeit prägen immer mehr den Alltag. Milliarden gehen in Krieg und Rüstung. Und mit ihren Kriegskurs hat die EU den sozialen Krieg nach innen intensiviert, denn für Sozialpolitik und Aufrechterhaltung des Sozialstaats wird das Geld gekürzt. DIE LINKE stellt den Zusammenhang von Krieg und sozialem Krieg klar.

Wer den Sozialstaat verteidigen will muss den Krieg beenden.

Begründung

Mit dem Antrag, die bisherige Einleitung durch diese Präambel zu ersetzen, wollen wir auf eine grundsätzlich andere linke Europa Politik hinweisen. Wir möchten ein kämpferisches von den Interessen der Lohnabhängigen ausgehendes Wahlprogramm, das die Interessen der Menschen des globalen Südens respektiert und für Frieden und gegen den sozialen Krieg eintritt.

Der am 11. September durch die Parteivorsitzenden DIE LINKE der Presse vorgestellte Entwurf zum Europawahlprogramm ist 86 Seiten lang. Trotzdem schafft es dieser Text an keiner einzigen Stelle, diese EU grundlegend als das einzuschätzen, was sie tatsächlich ist.

Stattdessen wird mit einer fast schon inflationären Verwendung solcher Begriffe, wie „Gerechtigkeit“ oder „Fairness“, so getan, als wenn diese EU durch besonders viele linke Detailvorschläge in ein Projekt verwandelt werden könne, das dem Frieden und der globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist, ohne die Frage zu beantworten, wie diese durchgesetzt werden können. Doch diese EU war noch nie ein Friedensprojekt und sie soll es in der Sicht der sie bestimmenden Kräfte auch nicht werden.

Hier fehlt es im Entwurf an Analyse. Stattdessen wird an verschiedenen Stellen die Erzählung bemüht, dass diese EU – trotz all ihrer Fehler – auch viele Vorteile bringe, sie zudem eine den Frieden befördernde historische Errungenschaft sei. Wenn es im Entwurf des Programms zudem heißt, dass es vor allem „Mut“ brauche, um ein „gerechtes, hoffnungsvolles“ EU-Europa zu bauen, dann sind damit linke Position verloren gegangen. Es ist eben nicht nur mangelnder Mut, der die EU-Institutionen daran hindert, sich für mehr soziale Regulierung und für den Frieden einzusetzen. In früheren Zeiten hieß es dazu in linken Programmen noch: „Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“. Diese Position wurde schon auf dem Bonner Parteitag getilgt und durch unverbindliche Absichtserklärungen ersetzt. Eine Tendenz, die sich jetzt fortsetzt.

Illusionen zu schüren, wird aber dieser EU nicht gerecht. Ihre schrittweise Militarisierung befördert Kriegslogik statt Friedenspolitik. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer wirtschaftlich und sozial schädlichen Schuldenbegrenzungspolitik. Immer wieder gehen von ihr Initiativen zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen und Sozialsysteme aus. Arbeitnehmerinteressen werden den Binnenmarktfreiheiten des Kapitals untergeordnet. Führend beteiligt an der Ausbeutung des globalen Südens, schürt sie Bürgerkriege und Elend, provoziert sie genau damit die Fluchtwellen, die sie im Anschluss zur Stärkung des eigenen Billiglohnssektors instrumentalisiert.

Deshalb folgen wir den gängigen Erzählungen nicht – und wir sagen auch nicht, dass diese EU so ist, wie sie ist, weil sie nur zu bürokratisch wäre, sondern wir sagen: sie ist deshalb so, weil sie ein Kind der Großkonzerne und ihrer Interessen ist.

Linke müssen dem ihr eigenes Bild von einem demokratischen Europa entgegenstellen, das sich an unseren Interessen orientiert. Dies durchzusetzen, das geht nur, indem die Verträge von Maastricht und Lissabon gekündigt werden (so noch beschrieben im Europawahlprogramm DIE LINKE 2019).

Vollends kontraproduktiv ist es indes, wenn mit dem jetzigen Entwurf eine Stärkung dieser Europäischen Union zu Lasten regionaler und kommunaler Entscheidungskompetenzen gefordert wird. Etwa durch eine Verdoppelung des EU-Haushalts. Etwa durch die Kündigung

des Einstimmigkeitsprinzips. Kontraproduktiv ist es, wenn im vorliegenden Entwurf von einem „perspektivischen EU-Beitritt“ weiterer osteuropäischer Staaten gesprochen wird und man sich somit den Forderungen der EU-Kommissionschefin von der Leyen beugt.

Die sagte kürzlich, dass „Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert“ inkl. der Ukraine und Georgien. Wir fragen: Wie soll das aussehen, wenn eine sozial bereits so tief gesplattene EU ein Land wie die Ukraine aufnimmt? Ein Land, das zu den korruptesten in Europa gehört und schon vor dem Krieg nur eine halb so hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hatte wie das wirtschaftlich schwächste Land in der EU? Was wird damit bezweckt? Die weitere Absenkung unserer Löhne, der sozialen und rechtlichen Standards? Ganz davon abgesehen, dass mit der Bedienung solcher Verwertungsinteressen durch neue Billiglohnreserven zugleich solchen Ländern auch jede Chance genommen wird, sich ökonomisch in eine andere Richtung zu entwickeln.

Der Friedensteil ist im Entwurf des Programms nach hinten gerutscht. Dafür gibt es vorneweg nun viel „Klimagerechtigkeit“. Angefangen mit der Forderung nach noch mehr Wärmepumpen bis hin zu der (durchaus richtigen)Forderung, Bienen und Insekten in der Landwirtschaft zu stärken, fehlt aber auch hier eine realistische Orientierung. Denn wer den einzelnen Verästelungen des Textes folgt, kommt zu dem Ergebnis, dass damit vor allem eine Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland verhindert werden soll. Freilich ohne dafür realistische Alternativen für die nächsten Jahre benennen zu können, die nicht noch erheblich umweltschädlicher sind.

Es ist Krieg in Europa und in vielen weiteren Regionen der Welt. Allein im Konflikt in der Ukraine sind Hunderttausende gestorben. Millionen sind auf der Flucht. In Deutschland werden schon die Kriegskosten nicht nur an den Zapfsäulen und in den Lebensmittelgeschäften eingetrieben – und im Wahlprogramm der LINKEN kommt der Frieden erst weit hinten, gleich nach dem Tierschutz.

Anders als dort dargestellt ist die EU nicht nur Teil sondern Treiberin einer Eskalation, die zum Schlimmsten führt, wenn dieser Politik nicht rechtzeitig in den Arm gefallen wird.

Wenn das Bekenntnis zum Völkerrecht mit der Forderung nach Sanktionen verbunden wird, die völkerrechtskonform nicht zu haben sind, dann ist das mehr als nur ein logischer Widerspruch. Das gilt auch für die Verbindung eines Bekenntnisses zur Friedensbewegung mit linken Vorschlägen für einen effektiveren Wirtschaftskrieg gegen Russland.

Während außerhalb der LINKEN die Erkenntnis um sich greift, dass in Osteuropa derzeit auch die Konkurrenz gegensätzlicher Ordnungsentwürfe des Westens und eines großen Teils der nichtwestlichen Welt gewaltsam ausgetragen wird, will das Programm China auf der Seite des Westens in den Konflikt hineinziehen, um Druck auf Russland auszuüben.

Nach dem Programmentwurf reicht der Konsens aus dem Weißen Haus, über die NATO, die EU und die Bundesregierung bis in DIE LINKE: Frieden gibt es angeblich nur, wenn Russland bezwungen wird. Dafür macht der Programmentwurf „linke“ Vorschläge.

„Eine solche Sorte Politik“ ist nach den Worten von Karl Liebknecht „Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Damit gäbe DIE LINKE den Kern ihrer friedenspolitischen Identität auf. Wenn sie eine Zukunft haben soll, darf sie diesen Weg nicht gehen.